



SUCHE

**Profil von Werner Faymann (SPÖ)**

Allgemeines | Fragen & Antworten | Anträge | Lebenslauf | Politische Ziele | Links | Termine

Es sind 272 Fragen vorhanden:

THEMA: Arbeit	Ausgleichszulage / Deutschland
<p>27.09.2011 Frage von Klaus Richter</p>	<p>Sehr geehrter Herr Faymann!</p> <p>Noch einmal zum Thema Ausgleichszulage: Wie kann es sein, dass Deutsche in Österreich besser gestellt werden als Österreicher in Deutschland? Zitat (Quelle:<a href="http://www.meinparlament.at/frage/4924/">http://www.meinparlament.at/frage/4924/</a>): Bei der Ausgleichszulage handelt es sich um eine europäische Vereinbarung, von der sowohl MigrantInnen in Österreich, jedoch vor allem sehr viele ÖsterreicherInnen im Ausland (allein 1325 Personen, die in der Schweiz leben) profitieren. Hier in Nord-Deutschland weiss man nichts von einer etwaigen Ausgleichszulage - stattdessen wird man "wie ein Deutscher" behandelt und der Willkür der Jobcenter "unterworfen"! Man bekommt eine Leistung - allerdings eine Sozialleistung mit allen Auflagen und Schikanen (Bescheide - Berufsunfähigkeitsrente und Pflegegeldbescheid - aus Österreich werden nur bedingt anerkannt. Da es in Deutschland den Begriff der BU nicht mehr gibt, sollen nun in unserem Fall die österreichischen Bescheid "überprüft" werden! Das heisst im Klartext: meine pflegebedürftige 57-jährige Frau soll nun medizinisch überprüft werden, ob sie noch mehr als 3 Stunden täglich auf einem fiktiven Arbeitsmarkt fiktiv arbeitsfähig ist oder nicht!). Des Weiteren ist eine Kooperation zwischen PVA und DRV-Bund diesbezüglich nicht möglich, da die PVA davon ausgeht dass es sich hierbei um eine "formaljuristische Angelegenheit" handle welche aus dem Fragenkatalog der PVA nicht geklärt werden kann und die DRV-Bund von einer "medizinischen" Abwägung ausgeht... Was helfen die Bilateralen Vereinbarungen, wenn ein Staat (D) diese nicht umsetzt? Wo bleibt hier das Recht auf die Ausgleichszulage - eine wie erwähnt "Betragunabhängige Leistung"? Wir kämpfen hier seit rund 2 1/2 Jahren (seit wir hier her "Ausgewandert sind) gegen Windmühlen und müssen uns sogar Sanktionsdrohungen bieten lassen! Wo bleibt die "Gleichstellung" mit den "nutznieessenden Deutschen" in Österreich? mfG -Klaus Richter-</p>
<p>10.10.2011 Antwort von Werner Faymann</p> 	<p>Sehr geehrter Herr Richter!</p> <p>Vielen Dank für Ihre Anfrage.</p> <p>In Österreich ist die Ausgleichszulage eine wichtige Institution, die Altersarmut verhindern soll. Der Anspruch beruht jedoch auf einem ordentlichen Wohnsitz hier in Österreich. Im Ausland unterliegen sie den Bestimmungen des jeweiligen Wohnortes.</p> <p>Das EU-Sozialrecht koordiniert bestehende Systeme zwar auf übergeordneter Ebene, dennoch sind die Leistungen je nach nationaler Gesetzgebung unterschiedlich. Das deutsche Pensionsrecht kennt nicht nur ein anderes gesetzliches Antrittsalter, sondern auch andere Pensionsformen und ist daher nicht mit Österreich vergleichbar.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p> <p>Werner Faymann SPÖ Bundesparteivorsitzender und Bundeskanzler</p>
<p><b>THEMA: Internationales und EU</b> <b>Euro-Rettungsschirm / Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM) / Finanztransaktionssteuer</b></p>	
<p>20.09.2011 Frage von Oswald Fuchs</p>	<p>Wie stehen Sie zum ESM? (Vertrag zum EUROPÄISCHEN STABILITÄTSMECHANISMUS)</p> <p>MFg</p>
<p>10.10.2011 Antwort von Werner Faymann</p> 	<p>Sehr geehrter Herr Fuchs!</p> <p>Vielen Dank für Ihre Anfrage.</p> <p>Was den dauerhaften ESM-Rettungsschirm betrifft, muss Folgendes bedacht werden: Es gibt keine bessere Alternative, gerade wenn man die mittel- und langfristigen Auswirkungen für die Eurozone betrachtet. Wer glaubt, vom Konkurs eines Eurolandes nicht betroffen zu sein, der liegt falsch. Rechnet man die Betroffenheit in Handelsbeziehungen oder die Kosten für den Wiederaufbau mit ein, zeigt sich, dass das Abseitsstehen keine wünschenswerte Alternative darstellt. Österreich kann sich nicht einfach ausklinken, wenn eine Gemeinschaft ein Netz spannt, um die Schwächsten zu stützen. Über 80 Prozent unserer Exporte gehen in diesen gemeinsamen Wirtschaftsraum.</p> <p>Die Frage ist vielmehr, wie man generell all jenen Ländern helfen kann, die Wettbewerbsprobleme haben. Denn durch Ausgabenkürzungen und Sparprogramme wird noch nicht die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert. Deshalb ist auch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer dringend von Nöten, um Mittel für Investitionen zur Verfügung zu haben und damit langfristig die Schwierigkeiten meistern zu können.</p> <p>Österreich ist derzeit das einzige Land, in dem sich alle Parteien für eine derartige Steuer ausgesprochen haben. Die österreichische Vorreiterrolle hat auch Kommissionspräsident José Manuel Barroso öffentlich gewürdigt. Durch die Einhebung der Steuer könnten 55 Milliarden erzielt werden, für Österreich würde das Mehreinnahmen von 500 Millionen bis zu einer Milliarde bedeuten. Trotz GegnerInnen ist allgemein der Trend erkennbar, dass sich immer mehr</p>

	<p>Regierungschefs für eine Finanztransaktionssteuer aussprechen und der politische Druck wächst. Das ermutigt auch uns, uns weiterhin dafür stark zu machen.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p> <p>Werner Faymann SPÖ-Bundesparteivorsitzender und Bundeskanzler</p>
<b>THEMA: Finanzen</b>	<b>Staatsverschuldung / Verteilungsgerechtigkeit / Steuersystem</b>
02.09.2011 Frage von Peter Lohmeyer	<p>Herr Bundeskanzler was sagen sie dazu das Österreich jeden Tag 21 Millionen € mehr Schulden macht ,wer soll das zurück zahlen ?</p> <p>M.F.G.Peter Lohmeyer</p>
10.10.2011 Antwort von Werner Faymann	<p>Sehr geehrter Herr Lohmeyer!</p> <p>Vielen Dank für Ihre Anfrage.</p> <p> Ich möchte Ihnen versichern, dass ich mich für solide Staatsfinanzen einsetze. Daher ist die Reduktion der Staatsschulden ein mittel- und langfristiges Ziel meines Regierungsteams. So haben wir im Bundesfinanzrahmengesetz 2012 bis 2015 Ausgabenobergrenzen festgesetzt.</p> <p>Wichtig ist es, gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise, am richtigen Platz zu sparen. Daher haben wir vor, in den Ausbau von Zukunftsbereichen und Infrastruktur zu investieren. Vor diesem Hintergrund sind auch die zu verzeichnenden Mehrausgaben, unter anderem bei Bildung, Forschung, innere Sicherheit und Familien zu betrachten. Investitionen in diese Bereiche lohnen sich.</p> <p>Mit der Einführung der Bankenabgabe sowie einer Vermögenszuwachssteuer konnten wir unserem Ziel, mehr Verteilungsgerechtigkeit bei einem gleichzeitigen Abbau unserer Schulden, einen großen Schritt näher kommen. Nun gilt es diesen Weg mit der Einführung einer Millionärssteuer, einer Finanztransaktionssteuer sowie der steuerlichen Entlastung der mittleren Einkommen fortzusetzen.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p> <p>Werner Faymann SPÖ-Bundesparteivorsitzender und Bundeskanzler</p>

Seiten (91): [\[1\]](#) [2](#) [3](#) [4](#) [nächste](#) » ... [letzte](#) »